

www.kpoe-steiermark.at

Volksstimme

STEIRISCHE

Ausgabe 9, September 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

Landtagswahl 26.9.2010

Gerechtigkeit statt Privilegien!

KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler steht für eine gerechte und soziale Politik im Land. Warum es sich lohnt, am 26. September KPÖ zu wählen.
Seite 4 bis 5

Wir verraten Euch nie!



KPÖ
Liste 3 **wirkt**

INHALT

Elf gute Gründe zur Wahl zu gehen	4/5
Bilanz: Fünf Jahre KPÖ im Landtag	6/7
Offenlegung Polit-Einkommen	7
Korruption in Österreich	8/9
Aus dem Landesschulrat	10
Die KPÖ (Liste 3)	12/13
Physiotherapie	15
Bauern sind Opfer	16
Glücksspielindustrie	17
Spekulation mit Pflegegeld	18
Annoncen, Impressum	22/23
Politikereinkommen	24

KLEIN, ABER MIT BISS



Die Politiker verhalten sich zur HEIMAT wie die Zuhälter: Sie verkaufen sie Stück für Stück, aber dann schwören sie ihr wieder die Liebe.

Damit wir uns das Leben wieder leisten können!



Immer mehr Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten, weil Betriebskosten und Mieten ständig steigen. Wir wollen die Wohnbeihilfe endlich anheben!

Werner Murgg, Landtagsabgeordneter der KPÖ



ALPTRAUM EINKAUF: REKORDNIVEAU BEI MIET-Steirer leiden unter

Die Teuerung schlägt wieder zu: Lebensmittel, Energie, Wohnen. Die KPÖ fordert eine amtliche Preisregelung für Lebensnotwendiges, wie sie jahrzehntelang bestand.

Egal ob Supermarkt, Bäcker, Tankstelle – spätestens wenn bei der Kassa das hart verdiente Geld zwischen den Fingern davonrinnt wie Wasser wird klar, dass Einkaufen etwas nicht stimmt. Vor allem die Kosten für den unmittelbaren Lebensbedarf sind in der Krise stark gestiegen. Kleinverdiener und Familien stöhnen unter enormen Belastungen.

Spekulation mit Brot

Das jüngste Beispiel für die Preissteigerungen sieht man beim Bäcker. Um 7 % mehr kosten Semmel, Kornspitz und Kuchen, weil der Weizenpreis im August extrem angezogen hat. Dabei hängt der Preis vom Gebäck nur minimal (zu 5 %) vom Weizen ab. Der Preissturz beim Getreide im Jahr 2009 etwa wurde nicht an die Konsumenten weitergegeben.

Die Schuld am jüngsten

Preisanstieg wurde auf Ernteaufschläge in Russland geschoben, wobei gleichzeitig immer von vollen Lagern die Rede ist. „70 Prozent ist den Spekulanten geschuldet“, sagten Klaus Josef Lutz, Vorstandschef des größten europäischen Agrarhandelskonzerns BayWa und Günter Griesmayr, Vorstandsvorsitzender der AMA.

Wie das? Spekulanten handeln den Weizen, Mais, Reis und andere Lebensmittel, lange bevor sie geerntet werden. Ist dann von Ernteaufschlägen die Rede, wird eine noch gar nicht eingebrachte Ernte teurer gehandelt. Bleibt der Ausfall aus, freuen sich die Spekulanten noch mehr, weil sie mehr Ernte teurer verkaufen können.

Viel zu teuer Sprit

Nicht nur bei Lebensmitteln, auch bei der Energie werden wir ausgesackelt – besonders beim Treibstoff. Ein Liter Eurosuper kostet derzeit rund 1,2 Euro. Das Barrel Rohöl der Marke Brent wird mit rund 80 Euro gehandelt. Den selben Preis zahlten wir im Jahresdurchschnitt laut ÖAMTC auch 2008. Damals



kostete ein Barrel aber bis zu 144 Euro. Kein Wunder also, dass die OMV Rekordgewinne feiern kann.

Teures Wohnen

Massiv schlägt die Teuerung beim Wohnen zu. Die Mieten stiegen im letzten Jahr um gut 6 %, Instandhaltungskosten um 5 %, Strom um 6 % und Heizöl um 33 %.

Leere Versprechen

Versprochen wurde uns etwas anderes. Man erinnere sich noch an den „Ederer-1000er“. Die damalige SPÖ-Ministerin Brigitte Ederer hatte uns zum EU-Beitritt versprochen, dass uns ein 1000er (Schilling) mehr übrig bleiben werde ob der vielen Vorteile der EU. Die

Das kommt auf uns zu

Noch schweigen sich Pröll und Faymann über künftige Belastungen aus. Sie hoffen, dass es nach der Landtagswahl neue Mehrheiten gibt, die die von ihnen geplanten sozialen Grausamkeiten durchziehen werden:

- Einführung von Kindergartengebühren
- Regresspflicht bei der Pflege (die Angehörigen sollen wieder zahlen)
- Kürzung des Pflegegeldes
- Neue Steuern für die breite Masse
- Anhebung der Mineralölsteuer
- Die ersten 4 Wochen kein Arbeitslosengeld
- Wiedereinführung der Studiengebühren



UND ENERGIEPREISEN

Teuerung

Preisregelung muss her!

Die Preise für Mais, Reis und zuletzt Weizen werden an den Rohstoffbörsen von Spekulanten in die Höhe getrieben.

Beispiel Erdöl: Im Hochpreisjahr 2008 kostete ein Barrel 144 Euro und ein Liter Super im Jahresdurchschnitt 1,2 Euro. Jetzt kostet ein Barrel um die 80 Euro – und ein Liter Super trotzdem 1,2 Euro. Die Ölkonzerne verdienen Unsummen.

1000er blieben vor allem ihr selbst. Sie sitzt inzwischen in den höchsten Managerkreisen des Siemens-Konzerns.

Preisbindung

Die KPÖ fordert eine amtliche Preisbindung und eine Mietzins-Obergrenze, wie es sie in Österreich lange gab. Wohnen, Grundnahrungsmittel und Energie müssen für alle leistbar sein. Außerdem müssen die Löhne angehoben werden. Die Realeinkommen hinken hinter der Preissteigerung und den Konzerngewinnen nach. Den arbeitenden Menschen bleibt am Monatsende immer weniger am Konto. Die KPÖ kämpft für 1600 Euro Mindestlohn für eine Vollzeitarbeit.

SPEKULATION MIT LEBENSMITTELN

Weizenkrise: Anfang August schraubte sich der Weizenpreis bis 6. 8. auf ein 14-Jahres-Hoch – trotz Rekord-Ernte im Jahr 2009.

Mais: Der Preis stieg von Jänner bis Juli 2008 um fast 100 % – damals schob man die Ursache auf die Produktion von Biosprit aus Mais.

Reis: Auch der Reispreis stieg 2008 so stark an, dass sich nicht einmal die Menschen in den Herstellerländern ihr Grundnahrungsmittel mehr leisten konnten

Kernöl: Kernöl kostet heute um bis zu 60 % mehr als letztes Jahr. Weil sich das Öl trotzdem gut verkauft, bleibt es teuer.

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Klubobfrau
im Landtag



Mit vollem Einsatz

Seit 2005 ist die KPÖ im steirischen Landtag vertreten. In den letzten fünf Jahren haben wir über 450 Initiativen und Anträge in das Landesparlament eingebracht. Wir haben das, was wir vor der Wahl versprochen haben, gehalten: Wir haben jenen eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden.

In unserem Büro im Landhaus gibt es tagtäglich kompetente Sozialberatung. Viele Menschen kommen mit ihren Problemen. Wir helfen, anstatt das Blaue vom Himmel zu versprechen, hören zu und versuchen, positive Veränderungen herbeizuführen – im Einzelfall wie auf der politischen Ebene. Und das ist uns immer wieder gelungen: Ohne die KPÖ wären weder die Kindergartengebühren abgeschafft worden, noch die Rückzahlungspflicht bei der Sozialhilfe.

Wir haben erreicht, dass Pflegeeltern endlich sozial abgesichert sind und die Wartezeiten für viele Behördenentscheidungen von einem halben Jahr auf drei Monate verkürzt wurden, um nur einige Beispiele aufzuzählen. Wir haben in dieser Zeit auch Menschen, die in

finanzielle Not geraten sind, mit unserem Sozialfonds geholfen. Alle KPÖ-MandatarInnen verzichten auf einen Teil ihres Politeinkommens. So konnten wir seit 1998 bereits mehreren 1000 Steirerinnen und Steirer mit über einer Million Euro helfen.

Die KPÖ kämpft für soziale Gerechtigkeit, denn das Unrecht nimmt in Österreich zu. Während sich die Superreichen (1% der Bevölkerung) trotz Wirtschaftskrise über einen jährlichen Vermögenszuwachs freuen, lebt gleichzeitig eine Million ÖsterreicherInnen an oder unter der Armutsgrenze. Viele Menschen können von einem Ganztagesjob nicht mehr leben. Wir sind für die Einführung eines Mindestlohnes als ersten Schritt, um Armut sinnvoll zu bekämpfen!

Wir haben die letzten fünf Jahre im Landtag mit vollem Einsatz für die Steirerinnen und Steirer gekämpft und wollen das auch weiter tun. Mit einer starken KPÖ im Landtag können sich „die Großen“ nicht alles erlauben, weil wir ihnen auf die Finger schauen!

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Nicht mit uns!
Armut trotz Arbeit? Ausverkauf öffentlichen Eigentums? Bildungsabbau? Mardros Gesundheitswesen? Tarifierhöhungen? Belastungen? Spekulation mit Pensionen? Freunderlwirtschaft und Privilegien? Der Wahrheit in die Augen schauen!

 **KPÖ** Liste 3
wirkt

AM 26. SEPTEMBER: AUFSTEHEN, ANZIEHEN, WÄHLEN GEHEN! Landtagswahl: Elf gute Gründe,

1. Geben statt nehmen, helfen statt reden

KPÖ-Politikerinnen und -Politiker liefern den Großteil ihres Einkommens zugunsten des KPÖ-Sozialfonds ab. Was sie sich zum Leben behalten, entspricht einem guten Facharbeiter-Einkommen. So weiß man auch, wie Durchschnitts- und Kleinverdiener durchkommen müssen. Seit 1998, dem Einzug Ernest Kalteneggers in den Grazer Stadtrat, konnte Steirerinnen und Steirern in Not in Summe mit über einer Million Euro geholfen werden.



2. Soziale Gerechtigkeit

10 % der Bevölkerung besitzen zwei Drittel des Vermögens, aber immer mehr können vom Einkommen nicht leben. Gewinne und Vermögen der Millionäre müssen mit einer Reichensteuer umverteilt werden.



Wie wollen wir Pflege?

2. aktualisierte Auflage
Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten
Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenorstand



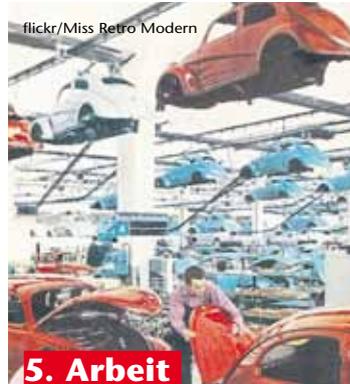
3. Gesundheit und Pflege

Pflege und Gesundheit werden so teuer, weil Private (z.B. Pflegefond) damit Geschäfte machen. Beides gehört in öffentliche Hand. Die KPÖ kämpft als einzige Partei für ein Verbot des Kleinen Glücksspiels, das Tausende in den Ruin treibt.

4. Frauen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist für viele Frauen noch immer ein Wunschtraum. Unser Land ist hier Schlusslicht in Europa. Nach einer KPÖ-Initiative im Landtag soll das Land mittels der Förderpolitik regulierend eingreifen und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Die KPÖ wird sich weiter für die Rechte der Frauen stark machen.



5. Arbeit

Immer mehr Menschen ungeschützte Arbeitsverhältnisse angewiesen. Viele können nicht einmal mehr von einer Vollzeitarbeit leben. Das führt in die Armut. Wir brauchen Löhne, von denen die Leute leben können. Die arbeitenden Menschen müssen im Mittelpunkt stehen, und nicht die Profitinteressen von Banken und Konzernen. Die KPÖ fordert einen Mindestlohn von 1600 Euro pro Monat.

Eine Landesholding kann im Land aktiv Arbeitsplätze schaffen.



6. Verkehr, Umwelt, Energie

Ein für alle leistbarer öffentlicher Verkehr soll durch eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen (wie in Wien) finanziert werden. Bodenspekulationen gehören unterbunden. Grünflächen müssen erhalten werden. Gegen neue Murkraftwerke. Die EStAG muss wieder 100% in öffentliche Hand.

7. Kinder

Kindergärten und -krippen müssen kostenlos sein und über genug Plätze verfügen.



8. Jugend und Bildung

Die KPÖ ist für eine gemeinsame Schule der 6- bis 14jährigen. Bildung muss für alle möglich sein – ohne Druck und Diskriminierung.

9. Pensionen

Unser solidarisches Pensionssystem darf nicht privatisiert und von Spekulationen abhängig gemacht werden. Eine Wertschöpfungsabgabe auf Gewinne soll das Pensionssystem stützen.

~~X~~ KPÖ Klimt-Weithaler

KPÖ zu wählen

10. Demokratie und öffentliches Eigentum

Die KPÖ steht für den Erhalt des öffentlichen Eigentums und lehnt Privatisierungen ab. In der Politik gehören das Beraterunwesen abgestellt und die Politbezüge verkleinert.

Der Proporz (Postenverteilung unter den Großparteien) gehört abgeschafft, die Beschlüsse der Landesregierung offengelegt. Die Rechte der Bevölkerung wurden durch die von der KPÖ angeregte Reform des Volksrechtegesetzes gestärkt.

Nur die KPÖ garantiert im Landtag, dass auf die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung geachtet wird. Banken und Konzerne haben in den herrschenden Parteien mächtige Lobbys. Die KPÖ schaut hingegen auf jene, die von den anderen Parteien im Stich gelassen oder getäuscht werden.



11. Wohnen



Die Wohnbaumittel des Landes wurde in den vergangenen Jahren zur Budgetsanierung ausgeräumt. Die öffentliche Hand ist mitverantwortlich für Wohnungen zu leistbaren Bedingungen, durch einen gut gefüllten Wohnbautopf, mit einer ausreichenden Wohnbeihilfe.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat! **KPÖ wirkt!**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

KPÖ heißt: praktische Politik. Bei uns wird nicht nur geredet, sondern auch gehandelt! Mit unseren Serviceleistungen helfen wir den Leuten, wo sie es wirklich brauchen: Beratung und Rechtshilfe wo der Sozialstaat versagt. Nicht zuletzt dafür werden die Mittel des KPÖ-Sozialfonds, der aus den Polit-Einkommen der KPÖ-Abgeordneten gespeist wird, aufgewendet



Für den Tierschutz in der Steiermark ist es wichtig, dass die KPÖ weiter im Landtag vertreten ist. Das Foto zeigt LABg. Ernest Kaltenecker mit seinem Lucky.

Typisch steirisch:



Stur für Gerechtigkeit.

KPÖ wirkt! Liste 3: **Echtrot** Claudia Klimt-Weithaler

BILANZ: DIE WICHTIGSTEN INITIATIVEN DER KPÖ IM STEIRISCHEN LAN

Eine wichtige Stimme im

2005 hat die KPÖ den Einzug in den Landtag geschafft. Sie hält vier von 56 Mandaten und ist drittstärkste Kraft im Landesparlament. Nach jahrzehntelanger Abwesenheit ist damit eine konsequente Interessenvertreterin der Arbeitenden Angestellten, Pensionistinnen und Pensionisten, all jener Menschen, die keine Geldlobby hinter sich haben, im Landesparlament vertreten!

Abgabe für billigeren öffentlichen Verkehr

Die KPÖ fordert die Einführung einer Nahverkehrsabgabe von den Unternehmern wie in es sie Wien gibt. Damit könnte der öffentliche Verkehr ausgebaut und billiger angeboten werden. Obwohl der Landtag die Abgabe auf Antrag der KPÖ beschlossen hat, wurde sie von der Landesregierung bisher nicht umgesetzt.



Pflege: Schluss mit der Geschäftemacherei

Während die Beschäftigten der Pflegeheime über schlechte Bezahlung klagen und die Zuschüsse der öffentlichen Hand für die Pflege immer größer werden, verdienen sich die privaten Pflegeheimbetreiber eine goldene Nase. Die KPÖ hat deshalb eine Gesetzesänderung beantragt: Um die Geschäftemacherei im Pflegesektor zu verhindern, sollen in Zukunft nur mehr öffentliche und gemeinnützige Träger von der öffentlichen Hand subventionierte Heime betreiben dürfen. Diese Gesetzesänderung scheiterte an SPÖ und ÖVP. Um die Qualität der Pflege anzuheben und das Personal zu entlasten trat im Oktober 2009 eine neue Personalausstattungsverordnung in Kraft. Die Initiative dazu ging von der KPÖ aus.

Für die Arbeitenden

Verschlechterungen der Ar-

beitsbedingungen und Lohnkürzungen sind mit der KPÖ nicht zu machen! Deshalb hat die KPÖ im Landtag gegen eine Änderung des Dienstrechtes und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Kindergärtnerinnen gestimmt. Der KPÖ-Antrag, Betrieben, die Betriebsräten Schwierigkeiten machen, keine Wirtschaftsförderung zu



gewähren, wurde vom Landtag angenommen. Die Forderung nach einem Mindestlohn wurde mit der SPÖ beschlossen, ÖVP und Grüne lehnten ab.

Gratiskindergarten

Für viele Eltern waren die Kindergartengebühren eine schwere finanzielle Belastung. Abgesehen davon, dass es immer noch zu wenig Kindergartenplätze gibt. Die KPÖ war der Vorreiter bei der Abschaffung der Kindergartengebühren. Sie tritt dafür ein, dass Großbetriebe verpflichtend einen kostenlosen Betriebskindergarten einrichten müssen. Diese Anträge sind an der Mehrheit von SPÖ und ÖVP gescheitert.

Keine Privilegien für Politiker

Die KPÖ-Abgeordneten haben sich selbst eine Gehaltsobergrenze von 2.000 Euro im Monat auferlegt. Nur so ist gewährleistet, dass man sich nicht von den Lebensumstän-

den der Durchschnittsverdiener entfernt. Mehrere KPÖ-Anträge, die eine Kürzung der Gehälter der Landespolitiker fordern, wurden von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Regress abgeschafft

Lange Jahre mussten die Angehörigen von Pflegeheimbewohnern an die Sozialhilfverbände den „Regress“ bezahlen. Der belief sich oft auf mehrere hundert Euro im Monat und brachte viele Familien in finanzielle Schwierigkeiten. Auch Sozialhilfeempfänger mussten die Sozialhilfe zurückzahlen. Auf Druck der KPÖ wurden diese Rückforderungen abgeschafft.



Wohnbeihilfe anpassen

Seit Jahren wurde die Wohnbeihilfe nicht mehr angepasst. Das führt dazu, dass selbst Bezieher von kleinen Einkommen und Pensionen bei einer geringfügigen Pensions- oder Lohnerhöhung die Beihilfe gekürzt wird. Anträge der KPÖ, die Wohnbeihilfe endlich zu valorisieren, wurden von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Krankenhäuser: Missstände

Seit Jahren klagen die KAGES-Bediensteten über unzumutbare Belastungen. Die KPÖ fordert, dass der Spitalbereich wieder dem Landtag unterstellt wird. Schließlich gehören die Spitäler allen Steire-

Die KPÖ-Abgeordneten Ernest Kaltenecker, Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher haben sich im Landtag für soziale Verbesserungen eingesetzt:

Runter mit dem Strompreis

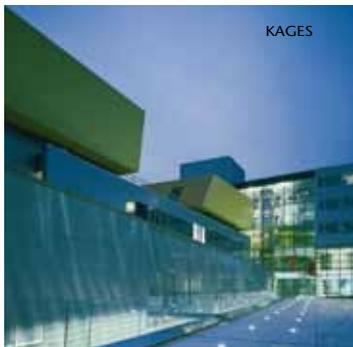
Seit Beginn der Amtsperiode von SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves hat die Energie Steiermark AG (ESTAG) den Strompreis fünfmal erhöht. Diesen Missstand hat die KPÖ mit dringlichen Anfragen und eigenen Anträgen im Landtag aufgezeigt. Auf Antrag der KPÖ beschloss der Landtag den Rückkauf des privaten Minderheitsanteils an der ESTAG und mehrere Strompreissenkungen. Landeshauptmann Voves weigert sich allerdings, die Beschlüsse umzusetzen.



DTAG Land



rinnen und Steirern und nicht einigen KAGES-Managern, die hinter Polstertüren über das Schicksal unserer Gesundheitsversorgung entscheiden. Der KPÖ-Antrag, die Spitalshoheit wieder dem Landtag zu unterstellen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Andererseits beschloss die Landesregierung für die KAGES-Vorstände Urlaubs- und Pensionsprivilegien, von denen ein „Normalsterblicher“ nur träumen kann.



Erhalt der Chirurgen

Die SPÖ hatte den Plan, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag zu schließen. Das hätte für die regionale Bevölkerung eine deutliche Verschlechterung bedeutet. Auf Druck der KPÖ hat der Landtag nicht nur gegen die Schließung in Bad Aussee gestimmt, sondern sich auch für den Neubau der Chirurgie in Mürzzuschlag ausgesprochen.

Gerechte Wirtschaftsförderung

Das Land Steiermark schützt Millionen Euro Wirtschaftsförderung an Großkonzerne aus, obwohl diese kaum Steuern zahlen, Arbeitsplätze abbauen oder die Beschäftigten Kurzarbeiten lassen. Einzig die KPÖ sagt zu diesen Praktiken im Wirtschaftsförderungsbeirat konsequent „Nein!“



Keine Tariferhöhung

Auf Antrag der KPÖ sprach sich der Landtag gegen die geplante Tariferhöhung beim Verkehrsverbund aus. Nur die ÖVP stimmte dagegen. ÖVP-Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder weigert sich, Landtagsbeschlüsse umzusetzen. Etwa jenen, bei den Landestankstellen günstigen Sprit für alle zu verkaufen.

Landeshauptmann € 16.000,13
LH-Stellvertreter € 15.158,02
Landesrat € 14.315,90
Klubobmann/frau: € 10.526,40

€ 1 Million für Bedürftige
Finanziert aus Politikereinkommen
der KPÖ-Abgeordneten

**Politik muss den Menschen dienen
Politgehälter runter!**

Bez. Anz. KPÖ LTK

KPÖ wirkt!

Liste 3: **Echtrot**
Claudia Klimt-Weithaler

OFFENE KONTEN BEI DER KPÖ: Praktische Hilfe für Menschen in Notlagen

Die KPÖ-Abgeordneten lehnen die hohen politischen Einkommen ab. Sie verwenden das Geld für den KPÖ Sozialfonds, der Menschen in akuten Notlagen hilft.

Geben statt nehmen!“ – Das ist der Leitsatz der steirischen KPÖ. Seit dem Einzug Ernest Kalteneppers 1998 in die Grazer Stadtregierung gilt für KPÖ-Politikerinnen und Politiker eine Gehaltsobergrenze, die sich an einem durchschnittlichen Arbeitslohn orientiert. Der Rest geht über den KPÖ-Sozialfonds an Menschen in Not. Heuer im Frühjahr wurde die Millionengrenze an Hilfsgeldern überschritten. Andere reden von der Umverteilung – die KPÖ macht es längst vor.

Mehr als 7000 Menschen hat die KPÖ seit 1998 mit dem

Sozialfonds geholfen. „Immer mehr Menschen brauchen Unterstützungen für den unmittelbaren Lebensbedarf, für Kauttionen, Mieten, Stromkosten, Reparaturen“, sagt Ernest Kaltenepper, KPÖ-Landtagsabgeordneter und „Erfinder“ des KPÖ-Sozialfonds.



Labg. Ernest Kaltenepper: Die meisten Politikerinnen und Politiker wissen längst nicht mehr wie es ist, mit 1.500 Euro oder weniger über die Runden kommen zu müssen. Wir KPÖ-Abgeordneten legen unser Einkommen offen und spenden davon einen Großteil, um in Not geratenen Menschen unbürokratisch zu helfen.

„Die KPÖ war immer der Meinung, dass die Einkommen der Politiker zu hoch sind und sich nicht von jenen der arbeitenden Menschen unterscheiden sollen“, sagt Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler. Abgerechnet wird öffentlich, jeweils am Jahresende.

Damit der Sozialfonds weiterhin bestehen kann, ist aber der Wiedereinzug der KPÖ in den Landtag wichtig. Wir ersuchen daher am 26. September um Ihre Stimme für die Liste 3 - KPÖ.

VERLOGEN

„Unser Geld für unsere Leut“ plakatiert die FPÖ: Ein wahres Wort - die Rechten bedienen sich schamlos aus öffentlichen Mitteln.

BZÖ-Steiermark-Chef Gerald Grosz etwa verdient als Nationalratsabgeordneter und Grazer Gemeinderat in Doppelfunktion mehr als 10.000 Euro pro Monat.

Die BZÖ-Werbeagentur Orange bekam 2006 300.000 Euro (mehr als 4 Mio. Schilling!) für eine 10-seitige Studie für die Glücksspielindustrie.

Der Kärntner FP-Chef Uwe Scheuch hat einem russischen Geschäftsmann die österreichische Staatsbürgerschaft versprochen – gegen eine Spende an die Partei.

Hinter FPÖ, BZÖ und FPK stehen finanzkräftige Magnaten, die selbst oft im Dunstkreis der Parteien groß geworden sind. Etwa der Wiener Immobilienmakler Ernst Karl Plech, gegen den wegen des Buwog-Verkaufs ermittelt wird. Oder der steirische Unternehmer Ernst Hofmann, der von Jörg Haider als Dank für wiederholte Geldspritzen mit Aufsichtsratsitzen belohnt wurde. Bei einer Hofmann-Firma in Ungarn war FPK-Chef Uwe Scheuch Geschäftsführer.

Kriminell. Die ehemalige Grazer FPÖ-Stadträtin Winter wurde wegen krimineller Delikte strafrechtlich verurteilt. Trotzdem fährt die Partei fort, in derselben Richtung zu agieren.

KLEIN, ABER MIT BISS



Gegen AUSLÄNDERkriminalität tritt die FPÖ auf Plakaten auf. Wenn sie auch gegen INLÄNDERkriminalität wären, würden viele von ihnen selber ins Gefängnis wandern

RECHTE PARTEIEN SCHÜREN HASS UND NEID ZWI Europameister bei der

FPÖ und BZÖ verkaufen sich als Parteien der kleinen Leute und Saubermänner der Nation. Nun wurden sie enttarnt als Abkassierer ohne Anstand.

Was muss man oft von bösen Menschen hören oder lesen“, wusste schon Wilhelm Busch. Dessen Max und Moritz machen sich freilich lieblich aus im Gegensatz zu jenen Parteigängern und „Freunden“ von FPÖ und BZÖ, die sich dank ihrer politischen Aktivitäten Millionen angeeignet haben. Sei es durch Zahlungen arabischer Herrscher wie Gaddafi oder Saddam Hussein oder durch zweifelhafte Honorare für „Vermittlertätigkeiten“.

Krasse Korruption

Kein Wunder, dass Haider's politischen Ziehsöhne Peter Meischberger, Gernot Rumold, Peter Westenthaler oder Karlheinz Grasser auf bedenklichen Schienen weiterfahren. Immer wieder taucht auch der Namen von Harald Fischl auf.

Meischberger musste 1999 als FPÖ-Klubchef im Parlament wegen einer rechtskräftigen Verurteilung abtreten. Der Abschied vom FPÖ-Klub wurde ihm mit 2,5 Mio Schilling versüßt. „Wenn einer jemand findet, der ihn bezahlt, kann man ihm daraus keinen Vorwurf machen“, meinte dazu der Ex-FPÖ- und nun BZÖ-Abgeordnete Peter Westenthaler. Er wurde wegen einer Falschaussage verurteilt.

An der Steuer vorbei

Als Finanzminister Karlheinz Grasser die Bundeswohnungen privatisierte, gab Meischberger zusammen mit

dem PR-Berater Peter Hochegger einen entscheidenden Tipp an den Bestbieter Immofinanz. Dafür gab es 10 Mio. Euro, die an ihre zyprische Briefkastenfirma gingen, wieder vorbei an der Steuer und an jeglicher Moral. Die Justiz ermittelt. Hochegger hat übrigens als ÖBB-Berater seit 2002 weitere 4 Mio. Euro bekommen. Von der Telekom bekam er 6 Mio. Euro Beraterhonorar. Alle diese Aufträge wurden unter der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung bzw. unter Finanzminister Karlheinz Grasser eingefädelt.

Oranges Glücksspiel

Etwas weniger, dafür aber umso skandalöser nehmen sich jene 300.000 Euro aus, welche

die BZÖ-eigene Werbeagentur „Orange“ 2006 für eine 10-seitige „Studie“ zum Glücksspiel von den Lotterien bekam. Das Geld floss in dem Jahr, als es um eine Novelle des Glücksspiels ging, bei der das BZÖ als Regierungspartei ein wichtiges Wörtchen mitzureden hatte.

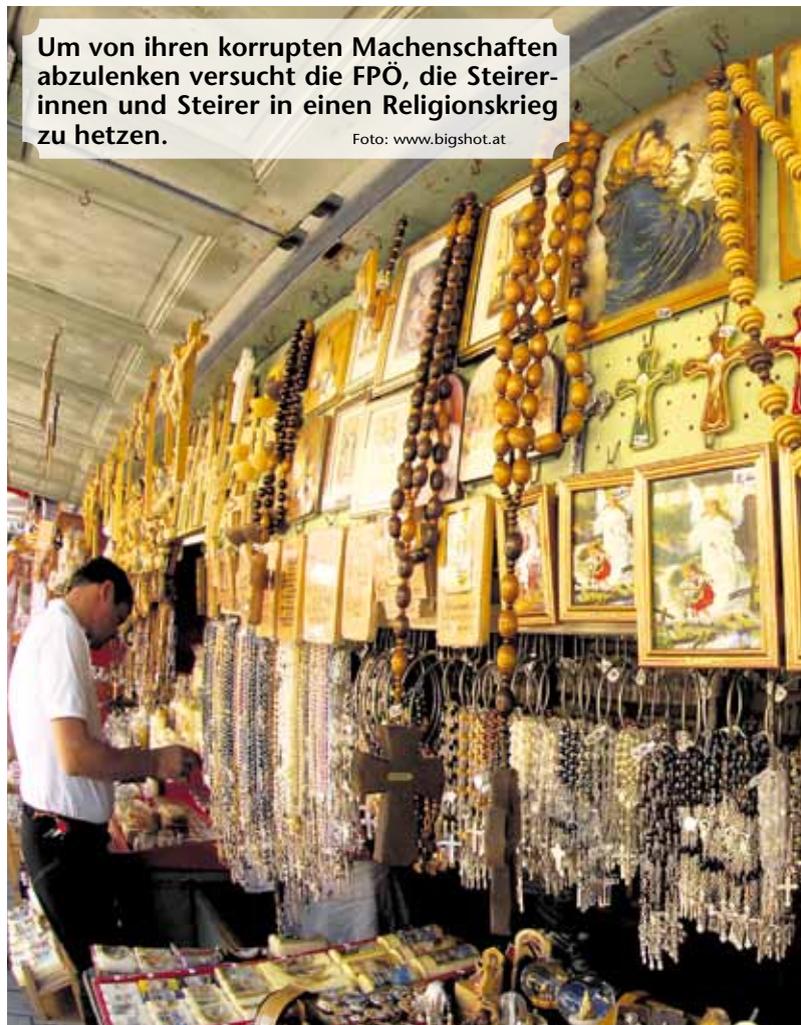
Immer öfter tauchte zuletzt Harald Fischl auf. Er ist beim BZÖ oberster Finanzreferent. Der 1958 in Söchau geborene Fischl arbeitete als Versicherungsmakler, bevor er in der FPÖ eine steile Karriere machte. 2000 war er Obmann-Stellvertreter des FPÖ-Parlamentsklubs.

Ein Kellner als Millionär

Fischl hat ein Händchen zum Aufhalten. Der gelernte

Um von ihren korrupten Machenschaften abzulenken versucht die FPÖ, die Steirerinnen und Steirer in einen Religionskrieg zu hetzen.

Foto: www.bigshot.at



SCHEN DEN MENSCHEN. ABER:

Korruption

Kellner baute seit seinem FPÖ-Einstieg mit seiner Fischl-Holding ein Millionenimperium auf, das über Unternehmensbeteiligungen und Pflegeheime verfügt. Etwa über die Kräutergarten-Heimgruppe, die die Altenpflege in Österreich zum Spekulationsobjekt gemacht hat.

Sicherer Hafen

Sein jüngster Coup: Fischl hat sich in einen kroatischen Yachthafen in Novigrad, Kroatien, eingekauft. Kreditgeber für das Großprojekt war die notverstaatlichte Kärntner Hypo Alpe Adria, die vom verstorbenen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider an den Rand des Ruins gebracht und dann an die

Bayerische Landesbank verkauft worden war.

Schamloses Kassieren

Von dieser Hypo Alpe Adria bekam ein Altpolitiker einer anderen Fraktion Geld: EX-SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer kassierte 60.000 Euro als „Berater“ der Hypo Alpe Adria.

„Was bis jetzt in Österreich alles ans Tageslicht gekommen ist, zeichnet ein Bild von Freunderlwirtschaft und schamlosem Abkassieren“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher. „SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ erheben den zu Unrecht den Anspruch, Vertreter der kleinen Leute zu sein. Die Wirklichkeit schaut ganz anders aus!“



Gemma trotzdem wöhln, bittschön!

AIso, ich hab ja viel Verständnis für Leute, die von der Regierungspolitik angefressen sind. Da haut man den Banken 100 Milliarden in den Rachen und für's Soziale ist dann kein Geld da.

Geschworen hat unsere(?) Regierung ja, dass sie Spekulanten an die Kandare nimmt, tatsächlich ist aber fast nichts passiert. Noch weniger als in den USA oder der BRD.

Und genau dafür bekommen wir dann nach der steirischen Wahl die Rechnung, nicht etwa die Heuschrecken, die das Brot der Armen auffressen.

Die ÖVP blockiert alles in Richtung Reichensteuer, die SPÖ ist bisher nicht in der Lage, ihre an sich richtigen Ansätze in der Regierung durchzusetzen. Kein Wunder, denn sie hat ja alle Schlüsselressorts der ÖVP überlassen.

Und überhaupt, wer mir nicht vor der Wahl sagt, was und wie viel er mir nach der Wahl wegnimmt, verschaukelt mich und ist nicht wählbar.

Ach, die Grünen, sie haben immer noch nicht verstanden, dass in den Köpfen der Menschen die Sozialpolitik vor der

Ökopolitik rangiert, nicht weil sie weniger wichtig wäre, aber solange ich Schulden-, Arbeitsplatz-, Gesundheits- oder Wohnungsprobleme habe, werde ich mich kaum um die Umwelt kümmern können. Das kommt eben davon, wenn man die Linken aus der Partei vertreibt, damit man auch zur ÖVP kompatibel ist.

Dass bei der unsäglichen FPÖ der zentrale Inhalt das Eindreschen auf die Ausländer ist, ist widerlich. Sie tut so als hätten diese die Hypo-Alpe-Adria versenkt und nicht etwa ihr Ziehvater Haider mit seinen Bayrischen Spezeln, die er dabei auch noch gelinkt hat.

Das BZÖ ist so unnötig wie ein Kropf, weil's eh den gleichen Inhalt und Ziehvater haben wie die vorherigen, um nicht zu sagen, ewig Gestrigen.

Nicht wählen geht auch nicht, weil das stützt nur die vorgenannten Parteien und somit bestehende Zustände.

Also wählen wir diesmal ganz was anderes, oder haben Sie einen besseren Vorschlag?

Peter Vogl, Unabhängiger Gemeinderat in Kapfenberg

Postenschacher im Voraus

Zwei Wochen vor der Wahl laufen der steirischen FPÖ drei ihrer höchsten Funktionäre davon, alle Bürgermeister in obersteirischen Gemeinden. Sie kritisieren die extremistische Politik des Spitzenkandidaten und nennen die FPÖ wörtlich ein „Selbstversorgergremium“.

„Die rechnen schon mit einer Koalition, in der es Posten zu verhandeln gibt. Da wird schon fest verteilt. Bis in die Aufsichtsräte hinein“, so der Bürgermeister von Neumarkt, Reinhardt Racz, nach seinem Parteiaustritt über die FP-Spitze.

„Fordere DirektorInnen auf Zeit“

KPÖ-Bildungssprecher Andreas Fabisch im Interview

Mag. Andreas Fabisch hat die KPÖ fünf Jahre lang im Landesschulrat vertreten. Sein Resümee: Die Objektive Kontrolle durch eine Kleinpartei ist von enormer Bedeutung!

Volksstimme: Wozu dient das Kollegium des Landesschulrates?

Fabisch: Die Hauptaufgabe liegt darin, einen gereihten Dreivorschlag der DirektorenbewerberInnen vorzunehmen. Die Vorschläge bilden dann die Entscheidungsgrundlage für die Landesregierung (bei Pflichtschulen) bzw. das Unterrichtsministerium (bei höheren Schulen) und werden meist akzeptiert.

Volksstimme: Wie ist das Kollegium zusammengesetzt?

Fabisch: Nach den letzten Landtagswahlen 2005 ergab sich eine Zusammensetzung des 15-köpfigen Gremiums aus je 7 Vertretern von SPÖ

und ÖVP und mir als Vertreter der KPÖ.

Volksstimme: Bei der damaligen Konstituierung gab es einen Wirbel um das Stimmverhalten der KPÖ.

Fabisch: Wir haben als einzige Partei der Wahl von Herrn Mag. Wolfgang Erlitz zum geschäftsführenden Präsidenten des Landesschulrates nicht zugestimmt.

Mag. Erlitz wurde damals zeitgleich von der SPÖ in den Bundesrat geschickt. Abgesehen davon, dass die Position als Präsident des Landesschulrates ein hochdotierter verantwortungsvoller Vollzeit-Job ist, hat die KPÖ für bezahlte Mehrfachfunktionen grundsätzlich kein Verständnis. Daher haben wir diesen Vorschlag nicht unterstützt.

Volksstimme: Welche Kriterien sind bei der Bestellung von DirektorInnen ausschlaggebend?

Fabisch: Das sind z.B. die Leistungsbeurteilung, die Ver-

wendungsdauer in einem bestimmten Schultyp, die Bewertung durch eine Jury in einem Assessment-Center, Stellungnahmen der Schulerhalter (Gemeinden) und der Schulpartner (Lehrer, Eltern und Schüler) u. a.

Volksstimme: Sichern die genannten Kriterien objektive Entscheidungen?

Fabisch: Wie nun die einzelnen Kriterien gewichtet werden, bleibt den einzelnen Parteien überlassen. Für mich stand in den letzten fünf Jahren – dem Prinzip der Basisdemokratie folgend – immer ein Kriterium im Vordergrund: die Stellungnahme der Schulpartner. Wichtig war mir auch, dass hochqualifizierte Personen selbst dann an die erste Stelle gereiht werden konnten, wenn sie kein Parteibuch hatten. Dafür habe ich mich eingesetzt.

Volksstimme: Die KPÖ ist für DirektorInnen auf Zeit. Wie kann man sich das vorstellen?

Fabisch: Ich bin gegen Orts-



Mag. Andreas Fabisch ist Bildungssprecher der KPÖ, seit 2003 Mitglied des Grazer Gemeinderats und seit 2005 im Landesschulrat. Er unterrichtet Musikerziehung und Gitarre am BORG Monsbergergasse in Graz.

kaiser. Ähnlich wie beim Bundespräsidenten bzw. Bundeskanzler sollte die Amtszeit eines Schulleiters nach 5, 6 Jahren automatisch erlöschen. Eine Wiederbestellung, bei der die Schulpartner ein gravierendes Wort mitzureden haben, sollte aber möglich sein. Auch Leitungsteams wären überlegenwert.

Volksstimme: Wie sehen Sie die vielgepriesene Schulautonomie?

Fabisch: Äußerst kritisch. Die Schulautonomie ist ursprünglich entstanden, um die Schulen finanziell an die Kandare zu nehmen. Jetzt soll sie auf die Personalhoheit der Direktoren ausgeweitet werden. Damit könnten Schulleiter künftig die LehrerInnen hauptsächlich aus ihren politischen Vorfeldorganisationen rekrutieren. Die Warteliste würde niemand ernst nehmen und parteiunabhängige Junglehrer kämen überhaupt nicht mehr zum Zug!



foto: www.bigshot.at

In der Schule ist Gerechtigkeit und Ausgewogenheit besonders wichtig.

LASST EUCH NICHTS MEHR GEFALLEN!

Rote Karte für die EU

Jetzt jammern die EU-Einpeitscher wieder: Eine neue Umfrage hat gezeigt, dass nur mehr 36 Prozent der österreichischen Bevölkerung die EU für eine gute Sache halten, 48 Prozent sagen, dass die EU für sie keine Vorteile gebracht hat. In den Chefbüros legt man wieder die alte Platte auf: „Die Menschen sind zu dumm oder zu wendig informiert.“ Die Propagandakampagne muss verstärkt werden.

Die steirische KPÖ ist gegen die EU. Und das mit gutem Grund:

- Die EU beseitigt die Neutralität Österreichs und verstärkt die Militarisierung. In der Kaserne Strass werden bereits die ersten Schlachtgruppen (Battle groups) des Bundesheeres für den Kampfeinsatz in fernen Ländern aufgestellt.
- Die EU hat mit Demokratie wenig zu tun. Ihre Gremien stehen unter dem Einfluss mächtiger Unternehmerverbände, Ihre Entscheidungen greifen tief in unser Leben ein, angefangen von der Glühbirne bis zum Lohndumping

durch ihre Richtlinien. Das EU-Parlament hat viel zu wenig Rechte.

- In der EU blühen die **Privilegien**. Ihre Spitzenleute erhalten mehr als 300.000 Euro jährlich Gehalt, die EU-Beamten kassieren Spitzengehälter und zahlen fast keine Steuer. Die Steiermark finanziert eine eigene Botschaft in Brüssel und unnötige Regionalaufträge.
- Die EU fördert den gläsernen Menschen und in Zusammenarbeit mit den USA die **Überwachung** von Millionen Personen.
- Die EU ist ein **Brandbeschleuniger für den Sozialabbau**: Die „Sparprogramme“ in den Mitgliedsländern gehen auf die EU zurück. Auch die **Anhebung des Pensionsalters** wird von der EU durchgedrückt. Jetzt wollen sie schon ein Pensionseintrittsalter von 70 Jahren.



- Die EU hat in der Krise alles getan, um die Banken und die Konzerne zu schützen. Jetzt sorgt sie dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Rechnung für die Spekulanten zahlt. Und sie will eine eigene „Europasteuer“ einheben.



KPÖ Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler: „Ich kann mir etwas Besseres vorstellen als diese EU. Sie ist ein neoliberales Herrschaftsprojekt im Interesse der Konzerne und der Rüstungsindustrie. Die Leute haben schon Recht, wenn sie der EU die rote Karte zeigen.“

Kinderbringer statt Eurofighter



foto wikicommons, antifaschist

Der Eurofighter-Fliegerhorst in Zeltweg gefällt einer Storchenfamilie so gut, dass sie ihr zuhause auch im Winter nicht verlassen will. Weil die Störche den Flugbetrieb gefährden, sollen sie vertrieben werden. Die regionale KPÖ-LABg. Renate Pacher: „Der Schutz von Mensch und Natur sind wichtiger als militärisches Imponiergehabe.“

Kleine Wahl-Erinnerungen

Buttons

T-Shirts, Diverse Motive

Aufkleber und Postkarten

Macht den Spekulanten Feuer

Portionsglas Honig

Nagellack: ECHTROT

Im WEBSHOP bestellen: www.kpoe-steiermark.at
oder anfordern Tel. 0316 / 71 24 79
(kostenlos außer T-Shirts, Honig beim KPÖ-Infostand kostenlos)

Laut gegen rechts



Der österreichische antifaschistische Sampler auf CD. Mit Beiträgen von Texta, Attwenger, Toco-tronic u.v.a.

ROTWILD

kostenlos anfordern www.kjoe.at

rotwild.st

Landtagswahl 26. September

MITEINANDER: GERECHTIGK

Am 26. September wird der Landtag gewählt – und nicht der Landeshauptmann. Die Landtagsabgeordneten entscheiden dann, wer Landeshauptmann wird. Wir stellen einige der über 100 Kandidatinnen und Kandidaten der KPÖ für den Landtag vor!



Nur die KPÖ steht für Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Sozialgesetzgebung.
Karin Gruber, Graz, Diplomsozialarbeiterin

Die KPÖ ist die wahre Partei der „kleinen Leute“.
Edmund Giesen, Laßnitzthal, Pensionist



Jemand muss im Landtag darauf schauen, dass es gerecht zugeht.
Elke Kahr, Wohnungsstadträtin in Graz



Wir wollten die Lebenssituation der älteren und der Menschen mit Behinderungen verbessern.
Gerti Schloffer, Gemeinderätin Graz



Ich schätze die KPÖ, weil sie echtes frauenpolitisches Engagement zeigt.
DI Margitta Kaltenegger, Graz, Universitätsbedienstete

Ich kandidiere für die KPÖ, weil sie das soziale Gewissen im Land darstellt.
Hanno Wisik sen., Mureck, Volksschullehrer



Die KPÖ ist die Stimme für die Arbeitenden, die Jugend und die Pensionisten.
Jakob Matscheko, Kapfenberg, Student

Pensionisten wählen KPÖ - Liste 3.
Karl Fluch, Eisenerz, Gemeinderat



KPÖ garantiert soziale Gerechtigkeit.
Uli Taberhofer, Gemeinderätin Graz, Erwachsenenbildnerin



Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt, sagt Erich Fried.
Clemens Perteneder, Gemeinderat in Kapfenberg



Ohne die KPÖ im Landtag gäbe es keine Chirurgie im LKH in Mürzzuschlag mehr.
Franz Rosenblattl, Gemeinderat in Mürzzuschlag



Wir machen uns für jene stark, die benachteiligt sind.
Ina Bergmann, Gemeinderätin Graz



Bei der KPÖ behält man den Boden unter den Füßen. Das ist sympathisch.
Herfried Hirzer, Gnas

Vorgezogener Wahltermin am Fr. 17. September



Am 26. September entscheiden Sie, ob die KPÖ als einzige unabhängige Kraft im steirischen Landtag vertreten bleibt! Wir bitten Sie um ihre Stimme für die Liste 3 – KPÖ. Sollten Sie am 26. September verhindert sein, gibt es folgende Möglichkeiten:

1. Vorgezogene Stimmabgabe am 17. September

Wer am Wahltag verhindert ist, kann bereits am Freitag, 17. September Nachmittag wählen. Genauere Informationen bei Ihrer Gemeinde!

2. Wahl mit Wahlkarte.

Wird von der Heimatgemeinde ausgestellt, in Graz auch online!



Wegen ihres sozialen Engagements schätze ich die KPÖ.
Dr. Herlinde Gindlhuber, Gleisdorf

EIT STATT PRIVILEGIEN

Vorgestellt: Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 3 – KPÖ

Unsere Gesellschaft ist reich, trotzdem kämpfen viele ums Überleben. Das ist ein Unrecht.

Renate Pacher, Knittelfeld, Landtagsabgeordnete, Stadträtin



Die KPÖ tritt als einzige Kraft im Landtag für Verbesserungen für Arbeiter und Angestellte ein.

Dr. Werner Murgg, Leoben, Landtagsabgeordneter, Stadtrat



Wir schauen den Mächtigen auf die Finger und treten gegen Hetzer und Schwindler auf.

KPÖ Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler, Graz, Kindergartenpädagogin, Spitzenkandidatin der KPÖ

Drei Möglichkeiten, der Regierung Freude zu bereiten:

- **Eine Regierungspartei zu wählen.** Sie betrachten es als Dankeschön für die Belastungspolitik, Postenschacher, Privilegienwirtschaft und Parteienhickhack. Dafür werden sie garantiert so weitermachen!
- **Bei der Wahl zu Hause zu bleiben oder ungültig zu wählen.** Eine feine Sache für die Großparteien: Sie bekommen deshalb kein einziges Mandat weniger, die Mandate werden nur billiger, weil man diese für weniger Stimmen bekommt! Zyniker unter den Regierungsparteien behaupten gar, dass die Leute ohnehin zufrieden sind und wahrscheinlich deshalb nicht wählen gingen.
- **Eine Partei zu wählen, die vor der Wahl schimpft und nach der Wahl fast alles brav mitmacht.** Die FPÖ und das BZÖ lieferten dafür das Paradebeispiel. Als sie in die Regierung gekommen sind, hat es mit ihren Stimmen eine Belastungswelle sondergleichen gegeben. Dafür haben sich einige ihrer Spitzenfunktionäre ohne die geringsten Skrupel die eigenen Taschen vollgestopft. Heute rechnet man wieder mit der Vergesslichkeit der Bevölkerung. Soll diese Rechnung aufgehen?

Eine Möglichkeit, der Regierung auf die Finger zu klopfen:

- **KPÖ wählen.** Stimmen für die KPÖ tun den Herrschenden besonders weh! Sie sind Stimmen gegen Sozialabbau und gegen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums. Es sind Stimmen gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht, die Tausende in den Ruin treibt. Es sind Stimmen für den Erhalt unseres Gesundheitssystems, Ausbau des Bildungsangebotes sowie für mehr direkte Demokratie. Dafür steht die KPÖ. Vor und auch nach den Wahlen!



Die Stimmen aus den Betrieben müssen auch in der Politik Gewicht haben.

Peter Scherz, Kainbach, Werkzeugmacher, Betriebsrat, Arbeiterkammerrat



Die KPÖ entzieht sich dem verlogenen Politikzirkus und steht für eine lebenswerte Gesellschaft.

Philipp Funovits, Graz, Mathematiker

Die Ohnmacht der Politik nützt nur den Herrschenden, die KPÖ hingegen nützt der Bevölkerung.

Jürgen Höfler, Gemeinderat Schönegg bei Pöllau, Rauchfangkehrer



Nur die KPÖ ist dagegen, dass Unsummen für unnütze Projekte und Events rausgeschmissen werden.

Gabriele Leitensbauer, Vizebürgermeisterin Trofaiach



Die KPÖ steht für Gerechtigkeit – ihre Politikerinnen und Politiker bereichern sich nicht selbst.

Hilde Tragler, Betriebsrätin, Logistikerin



Wir setzen uns gegen soziale Verschlechterungen und Sparen am falschen Platz ein.

Elke Marchand, Köflach, Frühförderin



Die KPÖ kämpft gegen Sozialabbau, Rechtsruck und Umweltzerstörung und für eine sozialistische Zukunft.

Robert Krotzer, Graz, Grafiker

Ich will mich für eine menschliche Gesellschaft einsetzen. Das geht nur mit der KPÖ.

DI Klaus Pibernig, Bärnbach, Pensionist



KPÖ
wirkt

KPÖ SAGT DER FREUNDERLWIRTSCHAFT DEN KAMPF AN Millionen für „Berater“

250 Euro pro Stunde.
800 Euro am Tag.
10 Millionen Euro für
einen „Tipp“ – parteina-
he Berater kassieren ge-
waltig ab.

wie die EStAG oder die Kages für Beratungen ausgeben, bleibt meist im Verborgenen. Was kein Wunder ist, wenn man jene Beträge sieht, die bisweilen auftauchen: Etwa 2001, als die Stadt Graz einen „Weisenrat“ für den Teilverkauf der Stadtwerke engagierte. Die fünf „Weisen“ kassierten für ihren Bericht 3,5 Mio. Euro. Einer der „Weisen“, Univ.-Prof. Waldemar Jud, kassierte dann als Berater der EStAG über Monate einen Stundenlohn von 960 Euro. Zuvor hatte sein Weisengutachten der Estag den Weg zu den Stadtwerken geöffnet.

10-Millionen-Tipp

Gegen den Wahnsinn um den Verkauf der Bundeswohnungen unter Finanzminister Karlheinz Grasser ist das freilich bescheiden. 10 Mio. Euro bekamen Walter Meischberger und Peter Hoegger für einen Tipp an Bestbieter Immofinanz. Bezahlt wurde am Fanazamt vorbei an eine Briefkastenfirma in Zypern. Hoegger kassierte seit 2002 als ÖBB-Berater zusätzlich 4 Mio. Euro und von der Telekom 6 Mio.

Euro. Alles eingefädelt unter der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung mit Karlheinz Grasser als Finanzminister.

Die Landesregierung betreibt eine gigantische Geldverschwendung. 15 Mio. Euro hat sie seit 2005 für „Beraterdienste“ ausgegeben. In Bund, Land und Gemeinden lebt ein Dschungel von Berater- und Consultingfirmen prächtig von den öffentlichen Millionen. „Der Sinn der Ausgaben ist fast nie nachvollziehbar begründet“, ärgert sich KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler. Und: Bei den Beraterkosten bleibt es nicht. Für Werbung in eigener Sache hat die Landesregierung seit 2005 noch einmal gut 10 Mio. Euro ausgegeben.

Ausgaben für „Berater“

LH Voves (SP)	4.341.805 €
LR Wegscheider (SP)	3.524.316 €
LR Edlinger-Ploder (VP)	3.456.728 €
LR Grossmann (SP)	1.331.666 €
LR Vollath (SP)	723.609 €
LH-Stv. Schützenhöfer (VP)	610.804 €
LH-Stv. Schrittwieser (SP)	503.264 €
LR Buchmann (VP)	273.358 €
LR Seitinger (VP)	268.730 €

Energie Steiermark

Das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn was die Unternehmen im Dienst des Landes

PFLEGEKOSTEN-RÜCKZAHLUNG ?

Landeshauptmann Voves hat die Wiedereinführung der Rückzahlungspflicht (Regress) der Pflegekosten für Angehörige angekündigt. „Wer Eltern oder Angehörige im Pflegeheim hat, muss für sie zahlen wenn deren eigene Pension oder Vermögen nicht ausreicht, was bei den hohen Pflegekosten oft

vorkommt“, sagt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, „eine familienfeindlichere Maßnahme als diese Wiedereinführung kann man sich gar nicht vorstellen“. Der Regress war Ende 2008 auf Drängen der KPÖ abgeschafft worden. Eine Wiedereinführung wird es mit Zustimmung der KPÖ niemals geben.



KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler: „Das Beraterunwesen dient den Großparteien nur dazu, Parteifreunden Geld zuzuschancen“.

Eurofighter

Im Beratergeschäft unterwegs war auch der FPÖ/BZÖ Werber Gernot Rumpold. 6,6 Mio. Euro bekam er beim Eurofighter-Verkauf für „Werbe-Aktivitäten“.

Hypo Alpe Adria

Ein gutes Geschäft machte der Wirtschaftstrehänder Dietrich Birnbacher. Er hat Jörg Haider (BZÖ) und Josef Martinz (ÖVP) beim Verkauf der maroden Hypo Alpe Adria an die Bayern beraten und dafür 6 Mio. Euro eingesackt.

In der Steiermark erwies sich die Rettung der Therme Fohns-

dorf als „beraterfreundlich“. Ein Ex-Konsulent von Landeshauptmann Franz Voves wurde um 800 Euro pro Tag angeheuert. Dazu kam ein Team aus Anwälten und Wirtschaftsprofis – um 250 Euro pro Stunde. „Das Beraterunwesen dient dazu, den Großparteien Nahestehende mit lukrativen Aufträgen zu versorgen“, kritisiert Claudia Klimt-Weithaler. Die KPÖ will in der nächsten Regierungsperiode verpflichtende und schlüssige Erklärungen einführen, warum die Fachabteilungen des Landes die ihre Aufgaben nicht selbst erfüllen können und „Berater“ brauchen.



PHYSIOTHERAPIEN LINDERN SCHMERZEN UND HELFEN HEILEN

Physiotherapie wirkt !

Welchen Nutzen haben Physiotherapien? Wann zahlt die Kasse?

Ute Eberl, Vorsitzende des Berufsverbandes der Physiotherapeut/inn/en in der Steiermark, hat unsere Fragen beantwortet.

Volksstimme: Was ist Physiotherapie, und wann kommt sie in Frage?

Eberl: Physiotherapie (früher: Krankengymnastik) ist eine Therapieform, die hilft die Bewegungs- und Funktionsfähigkeit des Körpers zu erhalten oder wiederherzustellen. Sehr häufig kommt sie nach Unfällen und Operationen zum Einsatz, aber auch in der Schmerzbehandlung, bei Rheuma und in der Gesundheitsvorsorge. Eine Physiotherapie kann beispielsweise eingesetzt werden, um zu verhindern, dass akute Beschwerden des Bewegungsapparates zu einer andauernden, chronischen Erkrankung werden.

Volksstimme: Wer verordnet diese Therapie?

Eberl: Sie wird normalerweise ärztlich verordnet. Die Physiotherapeut/inn/en erheben dann den Krankheitsverlauf der Patient/inn/en, erstellen einen genauen Befund, erarbeiten mit den Patienten gemeinsam ein Therapieziel und erstellen einen Therapieplan.

Volksstimme: Muss man eine physiotherapeutische Behandlung selber zahlen?

Eberl: Wenn Patienten an ein Vertragsinstitut überwiesen werden, übernehmen die Krankenkassen die Therapiekosten bis zum chefärztlich festgelegten Stundenausmaß.

VS: Kann man sich die Physiotherapeutin selbst aussuchen?

Eberl: Kassenverträge für einzelne Physiotherapeut/inn/en gibt es in der Steiermark nicht. In diesem Fall bekommt man nur einen Teil der Behandlungskosten ersetzt, in der Regel etwa ein Drittel.

Volksstimme: Wann haben Physiotherapien die besten Erfolgsaussichten?

Eberl: Wichtig ist, dass die Übungen regelmäßig durchgeführt werden. Die Patienten/innen sollten an der Therapie aktiv mitarbeiten sowie „Hausübungsprogramme“ gewissenhaft durchführen. Schließlich sind regelmäßige Kontrollen bzw. eventuelle Korrekturen durch die Therapeuten erforderlich.

VS: Die Bestrebungen in der Gesundheitspolitik gehen dahin, die Übernahme von Physiotherapiekosten weiter einzuschränken. Eine sinnvolle Idee?

Eberl: Nein, ganz im Gegenteil: Eine in Zusammenarbeit mit der Oberösterreichischen GKK durchgeführte Studie am Beispiel von PatientInnen mit chronischen Rückenschmerzen hat ergeben: Durch physiotherapeutische Bewegungsbehandlung konnten die Krankenstände der Betroffenen erheblich reduziert und die Kosten für Medikamente, Krankenhausaufenthalte und Arztbesuche deutlich gesenkt werden. Physiotherapien sind also nicht nur für die Betroffenen von Nutzen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft.

Volksstimme: Welche Mängel im System sollten dringend behoben werden?

Eberl: Bis heute gibt es keine klaren Richtlinien, nach denen Chefärzte über das Ausmaß der bewilligten Physiotherapien zu entscheiden haben.

Außerdem fehlen Fangnetze. Wenn Patienten nach einer



Operation aus dem Krankenhaus entlassen werden, z.B. nach einer Hüftoperation, sollte das erforderliche Paket an Therapie- und Betreuungsprogrammen schon definiert sein. Nur so können sie rasch wieder Eigenständigkeit erlangen. Sie nur zu pflegen, reicht da nicht.

Volksstimme: Warum gibt es hier noch keine Lösungen?

Eberl: Bisher wurde vieles zwischen Sozial- und Gesundheitsressort hin- und hergeschoben. Ärzt/innen, Therapeut/inn/en, Pfleger/innen, Politik und Kostenträger/innen müssen sich endlich an einen Tisch setzen und Nägel mit Köpfen machen.

VS: Was raten Sie Patienten, wenn benötigte Therapien von der Kasse abgelehnt werden?

Eberl: Lehnt die Kasse die Leistungsübernahme ab, obwohl das Vertragsinstitut eine medizinische Begründung für die Therapie ausgestellt hat, sollte man einen begründeten Bescheid verlangen. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Patientinnen und Patienten mit einer Berufung Recht bekommen haben.

www.physioaustria.at



AGRARFÖRDERUNGEN

Stützung für Reiche

Die Transparenzdatenbank für EU-Agrarförderungen bringt es ans Tageslicht: Das große Geld geht zu Unternehmen und Großgrundbesitzern.

Während Kleinbauern bei EU-Agrarförderungen mit einer Handvoll Euro abgespeist werden, kassieren Großbetriebe, Adel und Stiftungen Millionen. Spitzenreiter in Österreich ist Fruchtsaftabfüller Rauch, 2009 bekam er 7,2 Mio Euro.

Viel Geld geht an Adel und Privatstiftungen. Alleine die Stiftungen der Prinzen Liechtenstein – ihnen gehört z.B. die Gleinalm – bekamen 2 Mio. Euro. Eine Million kassierte der niederösterreichische Großbauer Graf Hardegg, rund 400.000 Euro gingen auf das Konto der Fürst Esterhazy-Stiftungen, immerhin 218.000 an die Erzbistum Wien-Stiftung und 174.000 Euro an die Privatstiftung des tschechischen Politikers und Murauer Großgrundbesitzers Karl Schwarzenberg.

Meinl und Mensdorff

Ebenfalls auf der Förderliste stehen Julius Meinl V. und der gräfliche Eurofighter-Lobbyist Alfons Mensdorff-Pouilly. Millionär Meinl bekam 35.000 Euro für sein Gut in Pöllau – unter anderem als „Bergbauernförderung“. Für den Waffen-Lobbyisten und „Bergbauern“ Mensdorff-Pouilly gab es knapp 15.000 Euro.



PRODUZENTENPREISE IM KELLER

Bauern sind Opfer

Vor kurzem erregte ein Bauernpaar Aufsehen, das den Apfelbetrieb mangels Erträgen verschenken wollte. Milchbauern müssen Milch unter den Kosten verkaufen.

Das Bauernsterben geht ungebremst weiter, die heimische Landwirtschaft kommt in eine immer größere Schiefelage. Sonntagsredner loben die auch ökologisch sinnvollen bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe über den grünen Klee. In der Praxis gibt es aber keinen Schutz für bäuerliche Kleinbetriebe.

Zum Leben zu wenig

Musterbeispiel dafür ist die Milchwirtschaft. Hier wird derzeit ein Erzeugerpreis von 33

bis 34 Cent pro Liter bezahlt. Der Aufwand in Klein- und Mittelbetrieben beläuft sich jedoch auf über 40 Cent. Mit dem tatsächlich bezahlten Betrag können Großagrарier komfortabel auskommen. Den Kleinbauern, die den „Feinkostladen Österreich“ wesentlich ausmachen und auch Landschaftspflege betreiben sollen, geht es bei dieser Preispolitik an den Kragen.

Schuld bei Raiffeisen

Die Europäische Union schreibt diese Rahmenbedingungen für den Agrarmarkts vor. Österreichs Politiker vollstrecken diese Vorgaben. Die Dreieinigkeit von Bauernbund, Landwirtschaftskammern und Raiffeisenverband hat hier das Sagen.

Die Herren vom Giebelkreuz kontrollieren nach eigenen Angaben 86 Prozent der Milchproduktion des Landes. Sie verfügen nicht nur über ein Quasi-Monopol als Milchaufkäufer und Milchverarbeiter, sondern beliefern auch das Gros der Bauern exklusiv mit den erforderlichen Produktionsmitteln (von Krediten für

Bauten und Arbeitsgeräte bis zu Dünger und Futtermitteln).

Im Obstbaubereich ergibt sich ein ähnliches Bild. Dort dominieren ebenfalls Raiffeisentöchter den Markt. Als Hauptaufkäufer der jeweiligen Ernten stecken sie mit den Supermarktketten unter einer Decke. Billa, Spar & Co. fungieren als Preisdrücker, gegen die die Lagerhäuser einst gegründet wurden.

Spekulation statt Hilfe

Wenn die Raiffeisen-Genossenschaften weiter im hilfreichen Sinne ihres Gründers funktionierten, müssten sie dafür sorgen, dass Kleinbauern kostendeckende Erzeugerpreise erhalten. Statt dessen betreibt der Raiffeisen-Konzern fragwürdige Bankgeschäfte in Osteuropa und ist in weitere Spekulationen verstrickt.

Rauch-Fruchtsäfte (Red-Bull-Abfüller)	7,21 Mio. Euro
VÖR-Rübenbauern GmbH	3,42 Mio. Euro
Genußregion Marketing	3,25 Mio. Euro
Waldpflegeverein Tirol	2,85 Mio. Euro
Obst Partner Steiermark	2,43 Mio. Euro
ARGE Klima-Schutz-Wald	2,23 Mio. Euro
Ländliches Fortbildungsinstitut Stmk	2,05 Mio. Euro
Schirnhofer	1,67 Mio. Euro
Agrarmarkt Austria Marketing (AMA)	1,54 Mio. Euro



Hungerstreik gegen Glücksspielkonzerne „Niemand will das ‚kleine‘ Glücksspiel!“

Eingesperrt in einen nur zwei Meter langen Käfig im Grazer Augarten, trat der Aktionskünstler Man Lamy Ende August in einen Hungerstreik an – aus Protest gegen die Spielsucht und den Glücksspielriesen Novomatic. Über die Gründe für die Aktion und deren Verlauf sprach Man Lamy mit der Steirischen Volksstimme.

Volksstimme: Wie kam es überhaupt zur Idee, gegen das Glücksspiel in den Hungerstreik zu treten?

Lamy: Man kann ja in Graz kaum mehr durch eine Straße gehen, ohne an ein oder zwei Spielhallen vorbeizulaufen. Dazu kommt, dass ich auf das Problem der Spielsucht auch in meinem näheren Umfeld gestoßen bin. Da gibt es Menschen, die haben zwar versucht ihre Sucht geheim zu halten, aber irgendwann hat man das dann bemerkt und auch mir sind da plötzlich Tragödien bekannt geworden. Das war für mich, als jemand, dessen Spezialgebiet Sozialskulpturen sind, Anlass, mich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Volksstimme: Festgemacht haben sie diesen Protest am Novomatic-Konzern.

Lamy: Zunächst einmal: Nicht ich habe mir das „Feindbild Novomatic“ ausgesucht, sondern die haben sich mir als solches aufgedrängt. Und zwar deshalb, weil der Kapitalismus ja so funktioniert wie Novomatic das macht. Die eröffnen ihre Spiellokale natürlich in den sozial schwächeren Bezirken und versprechen den Leuten Gewinne, die sie selbst durch ihr Einkommen nie erwirtschaften würden können. „Wetten, Sie gewinnen“ schreiben sie in ihren Auslagen und da kommt man, wenn man am Existenzmini-

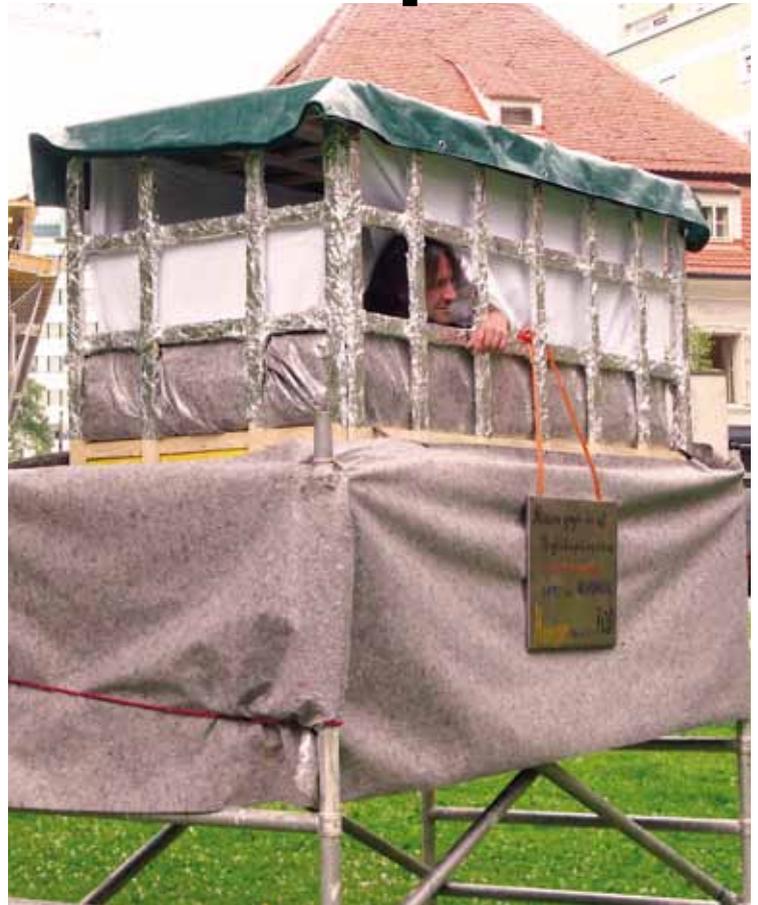
mum lebt, schwer vorbei. In Wahrheit verspielen die Menschen dann das wenige Geld, das ihnen noch geblieben ist.

Volksstimme: Ihr Projekt war ursprünglich länger angelegt, musste allerdings Ende August nach wenigen Tagen abgebrochen werden. Wie kam es dazu?

Es hat immer wieder Versuche von nächtlichen Besuchern gegeben, den Käfig umzustürzen. Die wurden zwar von anderen Besuchern vertrieben, aber als dann auch damit gedroht wurde, den Käfig anzuzünden, habe ich beschlossen, mich zurückzuziehen. Die Skulptur steht aber nach wie vor dort und wirkt weiter fort.

Volksstimme: Was planen Sie als Nächstes? Bleiben Sie am Thema „kleines Glücksspiel“ dran?

Lamy: Die Aktion im Augarten hat Ergebnisse gebracht und die werde ich in einer Wanderausstellung verarbeiten. Damit möchte ich dann nicht nur die Gesellschaft konfrontieren, sondern auch die politisch Verantwortlichen. Das Eindrucksvollste an den Gesprächen mit den Besuchern im Augarten war für mich ja, dass im Grunde genommen niemand das „kleine“ Glücksspiel will. Das wollen bloß eine Handvoll Lobbyisten und Politiker, die längst schon nicht mehr auf die kleinen Leute schauen.



In einem gerade zwei Meter langen Käfig sperrte sich der Aktionskünstler Man Lamy im Grazer Augarten ein und trat in den Hungerstreik gegen das Kleine Glücksspiel und die Glücksspielkonzerne. Sein Ziel: die Menschen aufrütteln und auf den Skandal des Glücksspiels aufmerksam machen.

Mehr als 80.000 Steirer sind direkt oder indirekt als Angehörige von den Folgen der Spielsucht betroffen. KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger kämpft gegen das durch Glücksspiel ausgelöste Elend. Die Glücksspielkonzerne lassen die politischen Parteien an ihren Profiten durch Spenden und Subventionen mitnaschen und erkaufen sich so Zustimmung zu bestellten Gesetzen. Zuletzt bekannt geworden: eine Studie, bestehend aus 10 locker beschriebenen Seiten, wurde dem BZÖ mit 300.000 Euro vergolten.

GRATULATION ZUM 90ER



Die steirische Widerstandskämpferin und Frauenrechtlerin Maria Cäsar feierte dieser Tage in Graz ihren 90er! KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler gratulierte herzlich.

MINDESTSICHERUNG Richtigstellung

In unserer letzten Ausgabe haben wir informiert, dass bei Einführung der Mindestsicherung auch Notstandshilfebezieher von der Verwertung allfälligen Vermögens (etwa einer Eigentumswohnung) betroffen sind. Richtig ist: Nur Notstandshilfebezieher oder auch Bezieher von Arbeitslosengeld, die zusätzlich zu ihrer Leistung vom AMS Mindestsicherung beziehen (weil die Höhe ihrer Notstandshilfe geringer ist als der Mindestsicherungsrichtsatz: derzeit € 744,- für einen Alleinstehenden) sind von der Vermögensverwertung (Regress) betroffen.



Private Pflegeheimbetreiber verdienen Unsummen, welche die Gemeinden und die Gepflegten bezahlen müssen. Die Angestellten müssen hart für wenig Geld arbeiten. Die KPÖ kämpft für Verbesserungen.

KURZ GESAGT

Transitgipfel

Ohne betroffene Bürger und Bürgerinitiativen ging der „Transitgipfel“ von Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder über die Bühne eines Grazer Hotels. Es ging um drei Schnellstraßenprojekte. „Leider sehen viele Politiker Bürgerinitiativen als lästige Verhinderer. Diese vertreten aber berechtigte Anliegen. Sie nicht erst zu nehmen, zeugt von der Arroganz der Mächtigen“, kritisiert KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher.

Teurer Wahlkampf

Wahlkampf allerorten: Flugblätter, immer teurere Wahlgeschenke, Verkehrsbehinderung durch Plakatwände. Für die Parteichefs gibt es mitunter sogar Hubschraubereinsatz. Menschen in Tierkostümen wanken über überdimensionierte Bühnen. – Immer groteskere Züge nimmt der Landtagswahlkampf an, für den Millionen Euro ausgegeben werden. Die KPÖ forderte im Landtag mehrmals eine Beschränkung der Wahlkampfkosten. In diesem Fall wollten SPÖ und ÖVP allerdings nicht sparen.

FONDSBESITZER MACHEN GEMEINDEN ARM

Deutsche Spekulanten kassieren unser Pflegegeld

Private Pflegeheime versprechen hohe Gewinne für Investoren und kosten die Gemeinden Millionen. Ein KPÖ-Antrag, dass nur mehr öffentliche Heimträger ohne Gewinndenken gefördert werden, scheiterte an SPÖ und ÖVP.

Während die Gemeinden unter immer größeren Finanzlücken stöhnen, reiben sich manche Pflegeheimbetreiber und Pflegefonds-Besitzer die Hände: Der Pflegebedarf steigt rapide, die Heime sind voll, die Gemeinden an Verträge gebunden. Das Geld, das viele Gemeinden ohnehin nicht mehr haben, geht direkt an die privaten Heime. Ein Anlauf der KPÖ für eine Besserung scheiterte im Landtag an SPÖ und ÖVP.

Der deutsche Pflegefonds Immac hat in Österreich bereits 7 Fonds aufgelegt – ein Gutteil davon in der Steiermark, seit sich die Immac in die Kräutergarten-Gruppe von BZÖ-Mann Harald Fischl und seinem Compagnon Gerhard Moser (Sohn des ehemaligen SPÖ-Bautenministers) eingekauft hat.

Riesengewinne

Eben wird der achte Fonds angepriesen; diesmal geht es um vier Pflegeheime in Kärnten, die ebenfalls von Gerhard Moser geführt werden. Bei einer Laufzeit von 15 Jahren wirbt die Immac mit Ausschüttungen von mindestens 108 % des Kapitaleinsatzes. Diese Gewinne zahlen die Gepflegten, die Gemeinden, das Land – wir alle in Form von Pflegekosten!

Das gehört unterbunden. Viele private Pflegeheime beuten die Beschäftigten aus, schrauben die Kosten für die Menschen in ungeahnte Höhen. Pflege wird zum Luxus. Auf Antrag der KPÖ hat sich der Landtag Ende 2009 dazu durchgerungen, nur noch öffentliche oder gemeinnützige Heimträger ohne Gewinnstreben zu fördern.

SPÖ gegen Besserung

Weil die Umsetzung ausblieb, hat KPÖ-Angeordneter Werner Murgg im Juni einen Gesetzesentwurf im Landtag vorgelegt, der das neue Fördermodell fixiert hätte. Doch diesmal stimmte die SPÖ dagegen und hat die Gesetzesänderung, die den SteirerInnen günstigere Pflorgetarife und den Gemeinden eine spürbare Entlastung bringen würde, abgelehnt.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG BEGLEITEN

„Gleichberechtigung
möglich machen“

Der Kampf gegen die ungerechte Heilmittel-Verordnung war nur ein Teil des Einsatzes der KPÖ Menschen mit Behinderung.

„Wir werden uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.“ Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler macht sich im Landtag für Menschen mit Behinderungen stark. Initiativen wie die Rücknahme der ungerechten Heilmittel-Verordnung, die Verkürzung der Entscheidungsfristen bei der Behindertenhilfe oder das Umsetzen der UN-Konvention für Behindertenrechte stehen auf der Liste der KPÖ.

Nach der Landtagswahl drohen schlimme Belastungspakete. Weil sich die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft am wenigsten wehren können, sind Kürzungen in diesem Bereich zu befürchten. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Qualität der Leistungen der Behindertenhilfe muss erhalten und verbessert werden“, sagt sie, „sollten wir wieder im Landtag vertreten sein, werden wir die Anliegen von Menschen mit Behinderung standhaft vertreten“. Rechtsansprüche auf



Therapeutisches Reiten: Die ungerechte Heilmittelverordnung hat diese und andere zielführende Therapien für Menschen mit Behinderung kostenpflichtig gemacht. Die KPÖ will das rückgängig machen.

Leistungen aus dem Behindertengesetz seien für die KPÖ unantastbar. Ebenso wichtig ist, dass die Kosten für notwendige Hilfs- und Heilmittel übernommen werden. Leider handeln die anderen Parteien nicht behindertenfreundlich. Ein KPÖ-Antrag, wonach die Entscheidungsfristen auf höchstens 3 Monate verkürzt gehören (derzeit wartet man bis zu 8 Monate!), wurde von ÖVP, SPÖ und Grünen niedergestimmt.

Kein Geld für barrierefrei?

Und auch beim Altern in Würde zeigte sich der Landtag wenig hilfreich: Ein Antrag von Ernest Kaltenecker auf eine Förderung für den Einbau von

Liften und Zugangsrampen in Mietwohnhäusern von Genossenschaften und Gemeinden wurde ebenso abgelehnt.

Die KPÖ bleibt engagiert, verspricht Claudia Klimt-Weithaler. Wo der Schuh drückt, weiß man durch die Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Behindertenhilfe.

Woher das Geld?

Wo das Geld für Verbesserungen herkommen? „Wir sind für eine Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Millionenvermögen, für einen höhere Besteuerung von Spielautomaten und eine Kürzung der Polit-Gehälter“, sagt Claudia Klimt-Weithaler.

MEINUNG



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB



Kein Draht zu Menschen

Es ist ein Unterschied, ob ein Generaldirektor aus dem Ledersessel heraus meint, dass alle bis 67 arbeiten sollen, oder ob jemand, der selbst aus der Produktion kommt und die wirklichen Verhältnisse am Arbeitsplatz kennt, über das Pensionsalter nachdenkt. Immer weniger Politiker kommen aus der realen Arbeitswelt. Sie haben den Draht zu den Menschen verloren und wissen nicht, wo die Probleme liegen.

Die arbeitende Bevölkerung braucht eine Stimme! Deshalb habe ich mich entschlossen, bei der Landtagswahl für die KPÖ zu kandidieren. Auch andere engagierte Betriebsräte und Aktivisten des steirischen GLB, wie Max Korp, Hilde Tragler, Walter Theisl, Uwe Süß, Kurt Luttenberger und Birgit Kampl, kandidieren für die KPÖ. Wir wollen dafür sorgen, dass nicht nur schön geredet wird, sondern die Anliegen der Bevölkerung auch umgesetzt werden, z.B. in der Verteilungsfrage.

Die Arbeiterkammer hat berechnet, dass mit einer vernünftigen Besteuerung der Superreichen Massenbelastungen vermeidbar sind. Die SPÖ wäre auch dafür, kommt sie doch vor Wahlen immer wieder drauf, wie es ginge. Leider hat die Erfahrung aus den vergangenen Jahren gezeigt, dass man vom angekündigten revolutionären Kurs nichts mehr merkt, sobald sie in der Regierung sitzen.

Landeshauptmann Voves hat angekündigt, dass er mit jeder Partei eine Koalition eingehen würde – außer mit der KPÖ. Denn sonst könnte ja tatsächlich im Sinne der Bevölkerung etwas weitergehen, meint Ihr Peter Scherz

Sozialhilferechner der KPÖ: Rechnen Sie ihre Ansprüche nach!
Info Tel. 0316 / 875 5101

<http://www.sozialhilferechner.at>

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler





Broschüren der KPÖ: Pflege, Rechenschaftsbericht, Sozialratgeber können kostenlos beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at angefordert werden. Mit Ihrer Stimme für die KPÖ am 26 September ermöglichen Sie uns diese wichtige aufklärerische Tätigkeit ebenso wie das Erscheinen der vorliegenden Zeitung.



Wichtiges im Land gehört in öffentliche Hand

Wasser
Energie
Verkehr
Pflege
Bildung
Gesundheit



Claudia Klimt-Weithaler

Zuhören. Helfen. Durchsetzen.

ZITIERT

„Das vermeintliche Arbeitsmarktwunder ist also gar keins. Demografie und Statistiktricks haben einen gehörigen Anteil an der positiven Entwicklung der Erwerbslosenzahlen.“ Spiegel online



„Give Your dreams a chance“ (Gib Deinen Träumen eine Chance) Aktueller Werbespruch der Hypo Alpe Adria Bank

„Er hat Euch nie belogen“. Wahlkampfpruch aus dem vergangenen Jahrtausend für den verstorbenen Kärntner Landhauptmann Haider, verantwortlich für die Hypo-Alpe Adria-Pleite

„Wir sind nur normale Menschen, und wie normale Menschen machen wir Fehler, aber unser Vorteil ist: Wir stehen auf der richtigen Seite!“

Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des Linksblocks



Doch der Grubenarbeiter war nicht mehr der Unwissende von ehemals, das im Innern des Erdreichs zermalmte Tier. Eine Armee wuchs aus den Tiefen der Gruben hervor, eine Ernte von Bürgern, deren Saat keimte, und einst, an einem sonnenhellen Tag die Erde sprengen wird. Und man wird dann sehen, ob man es wagen wird, nach vierzigjährigen Dienste eine Pension von hundertfünfzig Franken einem sechzigjährigen Greise anzubieten, der Kohle spie und dessen Beine vom Wasser der Kohlschläge angeschwollen waren.

Émile Zola, Germinal, Roman 1885

Ohne Antrag keine Pension

Alle Voraussetzungen erfüllt – trotzdem keine Pension. Diese Erfahrung machen Arbeitnehmer/innen immer wieder. Sie haben keinen Pensionsantrag gestellt, sondern sich darauf verlassen, dass der Unternehmer zusammen mit der Kündigung den Antrag macht.

Man sollte sich aber genau

erkundigen. Denn in der österreichischen Sozialversicherung gilt das Antragsprinzip und es gibt – mit wenigen Ausnahmen – keine rückwirkende Gewährung von Leistungen.

Auch für alle anderen Geldbezüge aus der Sozialversicherung (Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung, Karenzgeld, Wochengeld) gilt:

ohne Antrag beim zuständigen Sozialversicherungsträger (Gebietskrankenkasse, AMS) keine Leistung. Einzige Ausnahme: Bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten haben Arbeitgeber/-innen und behandelnde Ärzte/-innen die Pflicht, den Unfall bzw. die Berufskrankheit der AUVA zu melden.



Pensionisten wählen Liste 3

Claudia Klimt-Weithaler



KONGRESS

Aktiv gegen Rechts



Beim Antifa-Kongress der Kommunistischen Jugend am 18. September geht es um die Gefahren von Neofaschismus und Rassismus.

Ein vielversprechendes Programm bietet die Kommunistische Jugend (KJÖ) beim Antifa-Kongress. So wird die Widerstandskämpferin **Maria Cäsar** über ihr bewegtes Leben und ihren Kampf gegen Faschismus und Krieg berichten. Über das Auftreten der Nazis und Rechtsextremen von heute in Österreich bzw. Deutschland referieren der Rechtsextremismus-Experte **Wolfgang Purtscheller** und **Anne Rieger** von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN-BdA). Über die Versuche von Neonazis, mittels Musik ihre Propaganda unter jungen Menschen zu verbreiten, berichten **Thomas Rammerstorfer** und **Markus Rachbauer** in ihrem Vortrag „Brauntöne“ – Aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremen Musikszene“.

KPÖ-Landtagsabgeordnete **Claudia Klimt-Weithaler** und KJÖ-Vorsitzender **Robert Krotzer** werden im Anschluss strategische Überlegungen zum Kampf gegen Rechts präsentieren und über diese mit dem Publikum diskutieren. Nach Abschluss des Kongress-Programms folgt ein Konzert mit der **Masala Brass Band**.

Am Antifa-Kongress erhält-

lich ist die CD „Laut gegen rechts“, für die u.a. Russkaja, Texta und Attwenger Titel beigesteuert haben und mit der KJÖ und KPÖ den Rechten musikalisch Paroli bieten.



Film: „heile welt“ und Konzert mit JERX

Am Freitag, dem 24. September, zeigen die KJÖ und der KPÖ-Bildungsverein den mit dem Diagonale-Preis ausgezeichneten Film „heile welt“: „Sie heißen **Jolly, Ellie und Bloz**. Sie tragen **Skater-Klamotten und umgedrehte Baseball-Kappen**. Sie **klaunen Wodkaflaschen im Supermarkt, besaufen sich im Stadtpark und spielen aus Langeweile Katz und Maus mit der Polizei**. Willkommen im Leben

dreier Grazer Internats-Kids: Zwischen Aggressionen und Hilflosigkeit, Mutproben und Macho-Sprüchen sehnen sie sich im Grunde nach Normalität, die ihnen aber von der kalten Erwachsenenwelt verwehrt bleibt...“ Der Regisseur **Jakob M. Erwa** wird persönlich anwesend sein.

Im Anschluss findet ein Konzert mit der Band **Jerx** statt, die einige Nummern zum Film-Soundtrack beigesteuert hat.



EGGERSDORF

„Mea vulva, mea maxima vulva“ - Kabarett mit **Irene S.**,
Eröffnung: LAbg. **Claudia Klimt-Weithaler**; Fr., 17. September, Gasthof **Niederleitner**, Rabnitzstraße 25, 8063 Eggersdorf; Beginn 19 Uhr. Eintritt frei!

GRAZ

Antifa-Kongress + Konzert mit der **Masala Brass Band**, Samstag, Sa. 18. September 2010, ab 14 Uhr, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a. Weitere Infos: rotwild.st

GLEISDORF

Filmvorführung „Let´s make money“ mit anschließender Diskussion. Eröffnung: LAbg. **Claudia Klimt-Weithaler**; Di., 21. September, Hotel **Brauner Hirsch**, Fürstenfelder Straße 5 - 7, Gleisdorf; Beginn: 19 Uhr. Eintritt frei!

GRAZ

Filmvorführung „heile welt“ + Konzert mit **Jerx**, Fr., 24. September 2010, 19 Uhr KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a. Eintritt frei! Weitere Infos: rotwild.st

Alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a



Weitere Informationen zu Veranstaltungen, Bestellung von Büchern und Broschüren: KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, Tel. (0316) 22 59 31, 22 59 32 [bildungszentrum.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme,
Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Ein Dank an die KPÖ ist lange fällig!

Vor gut zwei Jahren habe ich mich für eine Bekannte, die in Not geraten war, an die Caritas und die KPÖ gewandt. Es ging um den Hilferuf einer alleinerziehenden Mutter, die als Kellnerin in den Wintermonaten immer wieder Arbeitslosengeld beanspruchen musste. Da sie mit zwei Monatsmieten im Rückstand war, stand sie vor der Delogierung.

Durch Ihre Hilfe und die der Caritas konnte dies verhindert werden. Die Frau hat sich inzwischen finanziell erholen können. Zwei ihrer Kinder haben die Lehre abgeschlossen, sie selbst hat einen besseren Job, und die Hoffnung ist berechtigt, dass sie nie wieder in so eine Situation kommen wird. Sie haben sehr geholfen. DANKE!

Christine Schafschetzy-
Kisovic, Greisdorf

Auf Arme schauen

KPÖ ist für mich die beste Partei!
Da schaut man auch auf „Arme“.

Fr. G., Trieben

Macht weiter so wie bisher, ich bin sehr stolz auf „meine“ Partei, wenigstens eine, die sich etwas traut.

Herr F., Graz

Die KPÖ ist sehr fleißig, nur weiter so, dann kommts in die Landesregierung.

Herr M., Judenburg

Weiter so, Bürger gehören aufgeklärt!

Frau W., Graz

Die SPÖ ist mir zu farblos & feige geworden.

Herr M., Murau

Zeigt alles auf, was ungerecht ist!
Bin SPÖ-Mitglied, aber NICHT zufrieden.

Herr P., Deutschlandsberg

Endlich für Väter/Großväter-/mütter Besuche zulassen, ohne zu kämpfen.

Herr K., Feldbach

Viel mehr für Behinderte und Armutsfälle machen!

Frau F., Bad Mitterndorf

Ihr seid die einzige Partei ohne Proporz. Herr L., Feldbach

Unabhängig sind wir nicht mehr, die EU bestimmt so oder so. Wir haben doch keine eigene Meinung mehr, nur mehr eine Diktatur von oben (EU). Es fragt uns keiner.

Frau E., Bruck

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

BERATUNG für SINGLES

Sie leben noch nicht in einer dauerhaften und erfüllten Liebesbeziehung? Ich begleite Sie dabei, den Ursachen dafür auf den Grund zu gehen und eine Neuausrichtung in die Wege zu leiten.

Andrea Ofner

Dipl. Lebensberaterin,

Tel. 0699 19 111 580

E-Mail: beratung@andrea-ofner.at,

www.andrea-ofner.at

AMSEL – Für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne Arbeit, sich mit ihresgleichen auszutauschen

0681 / 102 703 42

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis!

<http://www.amsel-org.info>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK GLB

Stammtisch des GLB -

jeden ersten Mittwoch im Monat

ab 17 Uhr im Karl-Drews-Klub im Volkshaus Graz

(Lagergasse 98a)

Mittwoch 6. Oktober 2010, 17 Uhr

Anne Rieger, ehem. IG Metall Bevollmächtigte

Bedingungsloses Grundeinkommen – ein heisses Eisen

Terminvorschau: Sa/So 23./24. Oktober: Seminar des GLB in St. Michael/Stmk. im Pfauenhof mit den Kollegen Kovarik und Graber als Referenten zur Krise und ihren Auswirkungen.
Info unter E-Mail: annerieger44@aon.at



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

0316/ 71 24 80 / Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Gewaltfreie Hunderziehung

Trainingsplatz gesucht

Die Hundeschule Graz-Raach, SVÖ – OG 120 bietet seit über 20 Jahren eine erfolgreiche, individuelle und gewaltfreie Hunderziehung auf Basis moderner Ausbildungskonzepte.

Die Hundeschule Graz Raach, SVÖ – OG 120 sucht aufgrund der Errichtung des Murkraftwerkes nördlich von Graz (Gratkorn) durch die Projektpartner Verbund und Energie Steiermark einen neuen Trainingsplatz in der Größenordnung von 7.000 m² bis 10.000 m². Der Platz sollte sich im Norden von Graz befinden.

Für weitere Auskünfte wird um Kontaktaufnahme mit Ausbildungswart Heinz Stifter unter der Telefonnummer 0664 / 79 40 488 ersucht.



Wir verraten euch nie!

Steirische Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316 / 877-5102

Fax 0317 / 877-5108

E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



KPÖ wirkt

KLEINANZEIGEN

Gesucht

Wohnwagen für 2 Kinder und 2 Erwachsene gesucht, mind. 4 m Aufbau, bis 4500 Euro. Tel. (0664) 79 83 414, Hr. Schweighofer.

Ehepaar sucht alleinstehende Person aus Graz oder Graz Umgebung zur gelegentlichen Mithilfe im Haushalt bzw. Betreuung des Hundes. Sie sollte ehrlich und tierlieb sein. Familienanschluss und gemein-

same Freizeitaktivitäten sind möglich. Tel. 0664 / 54 17 948, bis 20.00 Uhr.

Alleinerzieherin, 2 Kinder sucht ganz dringend eine funktionstüchtige Küchenzeile (Ober- u. Unterschränke) mit Abwasch und Kochstelle, bis zu 4m lang und funktionstüchtige Kleiderschränke. Tel: 0316 / 71 24 79 (Frau Christine verlangen).

Hundeschule Graz-Raach, SVÖ - OG 120 sucht einen neuen Trainingsplatz! Größenordnung 7.000 m² bis 10.000 m² im Norden von Graz. Weitere Auskünfte Ausbildungswart Heinz Stifter 0664 / 79 40 488.

Inventar gesucht

Das Stadtteilzentrum Triesterstraße sucht Gebrauchsgeräte: Zwei E-Herde, einen Kühlschrank, eine Spüle mit Armatur. Außerdem sucht man Fahrräder (Herren-, Damen-, Kinderräder) zum Verleihen für die BewohnerInnen, Winterbekleidung (warme Jacken und Mäntel, Eislaufschuhe, Ski etc. Kontakt unter Tel. 27-31-12, Mo: 15 - 19, Do: 10 - 14, office@stadtteilzentrum-graz.at

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPO** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Schluss mit dem
Pyramidenspiel!

Buchtip: „Selbst kocht der Mann“ wurde vom Grazer Männerwohnheim veröffentlicht und beweist, dass auch Politiker Kochideen haben. KPO Beitrag: Ernest Kaltenecker mit „Murtaler Stiermilch“. Das Buch hat 60 Seiten, mit Fotos, und ist um 10 Euro beim Männerwohnheim erhältlich. E-Mail: johannes.eder@stadt.graz.at (0664 60 872 63 83)

VORSCHAU

Neutralitätsfeiertag
Sa. 23. Oktober
mit dem
**Triestiner
Partisanenchor**
im Volkshaus Graz

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

**KPO
bildungsverein**

Weitere Informationen zu
Veranstaltungen und Bibliothek:
KPO-Bildungszentrum
im Volkshaus Graz Lagergasse 98a
Tel. (0316) 22 59 31 oder
22 59 32



WIDDERSTAND!
Gegen Ausbeutung und
Unmenschlichkeit!
KPO



TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Lore, ca. dreijährige sterilisierte Katze, die Besitzerin ist sehr krank und kann sie nicht mehr versorgen.



Chinchilla-Brüder Teddy und Tabsi, 1,5 Jahre alt, brauchen einen Kenner.



Findlingsrüde, wurde in Unterpremstätten gefunden – wir suchen den Besitzer!



Angel ist eine allerliebste sterilisierte Staffordshire-Hündin, 2 Jahre, braucht Kenner der Rasse.



Zeus ist eine 9jährige Dogge, allerliebste, hat Platz wegen Trennung verloren.



Ratten in allen Varianten – wir haben 45 Stück im Tierheim (vom Amtstierarzt sichergestellt).

MACHEN SIE

mit beim europäischen Aktionstag
des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

AM 29. SEPTEMBER 2010 (13.00)

**NEHMEN SIE AN DER EURO-DEMO
IN BRÜSEL**

oder an einer der verschiedenen Veranstaltungen
auf nationaler Ebene teil!





Die Vertreterinnen und Vertreter der KPÖ beweisen seit 12 Jahren, dass es auch ohne Privilegien geht. Jedes Jahr wird am Tag der offenen Konten offengelegt, wie die überhöhten Polit-Bezüge konkret verwendet werden. Mit dem Geld werden in Not geratene Steirerinnen und Steirer unterstützt.“
 Von links nach rechts: LAbg. Werner Murgg, LAbg. Renate Pacher, die Grazer Stadträtin Elke Kahr, LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und LAbg. Ernest Kaltenegger

IST DAS GERECHT?

Berufspolitiker als Großverdiener

Politiker verdienen für Arbeitende unerreichbare Summen. Im Spitzenfeld: Eva Glawischnig (Grüne), Gerald Grosz (BZÖ), HC Strache (FPÖ).

Einmal im Nationalrat, verdient man in der Politik pro Jahr soviel wie ein Durchschnittsarbeiter in fünf Jahren. Noch abgehobener sind die Gehälter von Regierungsgliedern.

Besonders sauer stößt auf, wenn ans Licht kommt, was die vermeintlichen Vertreter

der „kleinen Leute“ aufs Konto bekommen. Da wäre zum Beispiel FPÖ-Chef Strache mit einem Jahresgehalt von 194.208 Euro (gut 2,7 Mio. Schilling), die er als Chef des FPÖ-Parlamentsklubs bekommt. Über genauso viel darf sich Grünen-Chefin Eva Glawischnig freuen. Da lässt sich leicht nach außen eine soziale Einstellung präsentieren.

Unter den politischen Großverdienern ist auch BZÖ-Kandidat Gerald Grosz. Er bekommt als Nationalrat und Grazer Gemeinderat 140.504

Heinz Fischer mit 319.071 Euro pro Jahr. SPÖ-Kanzler Werner Faymann kommt auf jährlich 285.600 Euro. Stolze 217.056 Euro verdient Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ), auf 177.072 Euro kommt der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP).

Noch mehr Gehalt

Auch auf Gemeindeebene kassiert man mit Doppelpunkten ab: Der Seiersberger Bürgermeister und Landtagsabgeordnete W. Breithuber war mit seinen gesamt über 10.000

Euro nicht zufrieden und ließ im Gemeinderat die „Aufwandsentschädigung“ um 25% anheben – mit Zustimmung von ÖVP und FPÖ.

Hier könnten sie sparen!

Ein KPÖ-Antrag, wonach die Politbezüge drastisch gekürzt werden sollen, wurde im Landtag von allen anderen Parteien abgelehnt. Die KPÖ bleibt standhaft mit der Forderung, dass sich die Politbezüge nicht von den Durchschnittseinkommen abheben dürfen.

Euro pro Jahr, wie sehr zu seinem Ärger aufgedeckt wurde.

Spitzenverdiener

Spitzenverdiener in der heimischen Politik ist Bundespräsident

Die Einkommen der „Sparmeister“

Einkommen monatlich, brutto

Landeshauptmann	16.000,13
LH-Stellvertreter	15.158,02
Landesrat	14.315,90
Landtags-Präsident	11.368,51
Klubobmann/frau	10.526,40
Präsident Landesschulrat	8.421,12
Landtagsabgeordnete	5.473,73

~~KPÖ~~ | Klimt-Weithaler

KPÖ Liste 3
wirkt